

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirk Bremen  
via E-Mail



**Offener Brief des Bezirksvorstands der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Bremen  
an den Landesvorstand der Partei DIE LINKE Bremen**

Bremen, 19. Juli 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie ihr sicherlich wisst, wurde der DKP – unter fadenscheiniger Begründung und unter Verletzung unserer verfassungsmäßigen Rechte – am 8. Juli 2021 der Status als politische Partei durch den Bundeswahlausschuss aberkannt. Warum nennen wir die Begründung für die Aberkennung des Parteienstatus der DKP fadenscheinig? Der Bundeswahlleiter, Dr. Thiel, gab zur Begründung der Entscheidung des Bundeswahlausschusses an, dass eine im Fall der DKP vorliegende, verspätete Einreichung von Rechenschaftsberichten gleichbedeutend mit einer Nichtabgabe derselben sei und deswegen die DKP ihre Parteieigenschaft eingebüßt habe. Diese höchst eigenwillige Interpretation der Rechtslage ist jedoch durch den Text des Parteiengesetzes nicht gedeckt. In Paragraph 2, Absatz 2 des Parteiengesetzes heißt es: *„Eine Vereinigung verliert ihre Rechtsstellung als Partei, wenn sie sechs Jahre lang weder an einer Bundestagswahl noch an einer Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilgenommen hat. Gleiches gilt, wenn eine Vereinigung sechs Jahre lang entgegen der Pflicht zur öffentlichen Rechenschaftslegung gemäß § 23 keinen Rechenschaftsbericht eingereicht hat [...]“*<sup>1</sup> Diesbezüglich hatte auch der bei der Sitzung des Bundeswahlausschusses anwesende Richter des Bundesverwaltungsgerichts, Stefan Langer, bereits darauf hingewiesen, dass seitens der DKP Rechenschaftsberichte eingereicht worden seien und nicht fristgerecht eingereichte Berichte

---

<sup>1</sup> Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz), §2 Begriff der Partei, << [https://www.gesetze-im-internet.de/partg/\\_2.html](https://www.gesetze-im-internet.de/partg/_2.html)>>, abgerufen am 19. Juli 2021.

eben nicht ohne weiteres nicht eingereichten Berichten gleichzusetzen seien. Höchst treffend wies die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Zwischenzeit darauf hin, dass eine „Regelung in der Interpretation des Bundeswahlleiters, nach der bereits verspätete Rechenschaftsberichte zum Verlust der Parteistellung führen“ durch den Gesetzgeber „gar nicht erlassen [werden könnte], da sie verfassungswidrig wäre.“<sup>2</sup>

Darüber hinaus „vergaß“ der Bundeswahlleiter wohl zu erwähnen, dass den Parteien zur Abgabe fehlender Rechenschaftsberichte eine Nachfrist bis zum 31.12.2020 eingeräumt worden war, die von der DKP dazu genutzt wurde, den Rechenschaftsbericht für das Jahr 2017 einzureichen. Es kann also keine Rede davon sein, dass die DKP sechs Jahre in Folge keine Rechenschaftsberichte eingereicht hat! Die Mitglieder des Bundeswahlausschusses wurden also in öffentlicher Sitzung unwahr über den Sachstand und die Gesetzeslage informiert, um eine Aberkennung des Parteienstatus der DKP durchzusetzen.

Es muss daher festgehalten werden, dass es sich bei dem Beschluss, die DKP nicht zu den Bundestagswahlen zuzulassen und ihr den Parteienstatus abzuerkennen, eindeutig um ein politisches Manöver im Interesse des Großkapitals und der herrschenden bürgerlichen Parteien handelt! Dieses Manöver dient nur einem einzigen Zweck: Mit der DKP soll eine konsequente linke Stimme gegen Aufrüstung und NATO-Manöver, für Frieden mit Russland und China, gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für politischen Fortschritt und Sozialismus zum Verstummen gebracht werden!

Der Versuch, die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten mundtot zu machen, sie von der Beteiligung an der Bundestagswahl auszuschließen, stellt dabei einen klaren Verstoß gegen Artikel 21 des Grundgesetzes dar, da uns das Recht genommen wird, als Partei an der „politischen Willensbildung des Volkes“ mitzuwirken.

Doch dieser Angriff geht in seiner Bedeutung über unsere Kandidatur zu den Bundestagswahlen hinaus: Mit dem Entzug des Parteienstatus soll den Aktivitäten der DKP – einer Partei, die weder in der Gunst (groß-)kapitalistischer Spender steht noch Mittel aus der staatlichen

---

<sup>2</sup> Stellungnahme der VDJ: „Kaltes Parteiverbot - VDJ kritisiert Nichtzulassung der DKP zur BTW als verfassungswidrig und undemokratisch“; << <https://www.vdj.de/mitteilungen/nachrichten/nachricht/kaltes-partieverbot-vdj-kritisiert-nichtzulassung-der-dkp-zur-btw-als-verfassungswidrig-und-undemokratisch/>>>, abgerufen am 19. Juli 2021

Parteienfinanzierung erhält – der Geldhahn zugedreht werden, indem es uns untersagt würde, Spendenbescheinigungen für unsere Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten auszustellen. Auch stünde die DKP ohne ihren Status als politische Partei nicht mehr unter dem besonderen Schutz, den das Grundgesetz den Parteien gewährt, sondern wäre in ihrer Existenz der Willkür des Bundesinnenministers ausgesetzt.

Es ist klar, dass wir, die organisierten Kommunistinnen und Kommunisten der Bundesrepublik, uns gegen die antikommunistische Repression zur Wehr setzen werden! Deswegen hat die DKP beim Bundesverfassungsgericht bereits Beschwerde gegen die Entscheidung des Bundeswahlausschusses eingelegt. Da wir aber in dieser für uns existentiellen Frage nicht allein dem Gerechtigkeitssinn und der demokratischen Gesinnung des Bundesverfassungsgerichts vertrauen können, werden wir dem repressiven Druck von oben den demokratischen Gegendruck von unten entgegensetzen, werden wir den Protest gegen den Raub unserer demokratischen Rechte auf die Straßen und Plätze der Bundesrepublik tragen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei dem Angriff auf die demokratischen Rechte der Kommunistinnen und Kommunisten handelt es sich nicht nur um einen Schlag gegen die DKP, sondern gegen die gesamte politische Linke, gegen alle fortschrittlichen Menschen in diesem Land. Allzu offensichtlich reiht er sich in die Angriffe gegen die VVN-BdA, die Rote Hilfe und die Junge Welt ein, allzu offensichtlich dient er dazu, alle Menschen, die für ihre Rechte, für ihre Interessen kämpfen, einzuschüchtern. Dass die genannten repressiven Manöver des bürgerlichen Staates zuletzt nur zu Misserfolgen für diesen wurden, liegt an der Solidarität, die die politische Linke – ungeachtet der politischen Meinungsverschiedenheiten, die unter unseren Organisationen bestehen – im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, das Großkapital und seine politischen Vertreter, eint.

Wir können nicht verhehlen, dass uns das Abstimmungsverhalten der Vertreterin der LINKEN im Bundeswahlausschuss, die – im Gegensatz zum Vertreter der Grünen – dem Entzug unseres Parteistatus zustimmte, große Irritation und Besorgnis bei uns ausgelöst hat. Dies wurde noch durch die Tatsache verstärkt, dass sie sich leider nicht dazu durchringen konnte, der Zulassung neonazistischer Organisationen wie NPD und Dritter Weg zu den Bundestagswahlen mit einem klaren „Nein!“ entgegenzutreten. Nach den Äußerungen des

Genossen Thies Gleiss in der Jungen Welt vom 16.07.2021 gehen wir aber fest davon aus, dass es sich bei dem Abstimmungsverhalten gegen unsere Partei um einen auch aus eurer Sicht schwerwiegenden politischen Fehler handelt, der sich nicht wiederholen wird.

Diese Einsicht und eine Nichtwiederholung dieses Fehlers reicht in der gegenwärtigen Situation aber leider nicht aus! Noch ist der Angriff auf die DKP nicht abgewehrt! Deshalb bitten wir euch, den bremischen Landesvorstand der LINKEN, als unsere langjährigen Bündnispartner um eure Solidarität! Wir fordern euch auf:

– Nehmt laut und vernehmbar Stellung gegen die antikommunistische und antidemokratische Repression gegen die DKP! Solidarisiert euch mit den Kommunistinnen und Kommunisten der Bundesrepublik!

– Zeigt eure Solidarität am 27.7.2021 ab 17 Uhr im Rahmen unserer Kundgebung unter dem Motto „Stoppt das „Kalte Verbot“ der DKP! Unsere Solidarität gegen ihre Repression!“ vor der Bremischen Bürgerschaft!

– Setzt euch, als Teil der bremischen Landesregierung, für eine Bundesratsinitiative ein, die die im Jahre 2015 beschlossenen Verschärfungen des Parteiengesetzes, die nun als Waffe gegen die DKP und andere kleine Parteien gerichtet werden, zurücknimmt. Kämpft mit uns für eine Demokratisierung des Wahlrechts im Interesse der arbeitenden Menschen und aller fortschrittlichen Kräfte!

Mit sozialistischen Grüßen

Bezirksvorstand der Deutschen Kommunistischen Partei Bremen